

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland erhöhte sich im März 2024 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 176.000, während sie im Vergleich zum Vormonat um 45.000 auf 2,769 Millionen sank. Die Bundesagentur für Arbeit vermerkt, dass die aktuelle konjunkturelle Flaute weiterhin einen Einfluss auf den Markt hat, der sich jedoch insgesamt relativ stabil hält.

Arbeitslosenquote und Stellenangebote

Andrea Nahles, die Leiterin der Bundesagentur für Arbeit, erklärte, dass die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zwar im März abgenommen haben, jedoch weniger als sonst in dieser Zeit. Sie erklärte: "Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nehmen im März zwar ab, allerdings weniger als sonst in diesem Monat." Dabei wies sie auf die anhaltende Auswirkung der konjunkturellen Flaute auf den Arbeitsmarkt hin und fügte hinzu, "Insgesamt behauptet er sich aber weiter relativ gut."

Im März betrug die Unterbeschäftigung, die neben Arbeitslosigkeit auch die Arbeitsmarktpolitik und kurzfristige Arbeitsunfähigkeit einbezieht, 3,606 Millionen Personen, 143.000 mehr als im Vorjahr. Mit 707.000 gemeldeten Arbeitsstellen waren im dritten Monat des Jahres 70.000 weniger verfügbar als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Der BA-Stellenindex, ein Indikator für die Nachfrage nach Personal, sank auf 113 Zähler.

Ausbildungsmarkt

Von Oktober 2023 bis März 2024 meldeten sich 317.000 Bewerber für eine Ausbildungsstelle. Das waren 6.000 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dabei hatten im März noch 190.000 der Bewerber weder einen Ausbildungsplatz noch eine Alternative gefunden. Die Bundesagentur für Arbeit verwies auf die hohe Dynamik im Ausbildungsmarkt und betonte, dass diese Zahlen nur eine vorläufige Bewertung der aktuellen Entwicklung zulassen.

Soziale Sicherheit

Im März 2024 erhielten 907.000 Personen Arbeitslosengeld, 105.000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende lag bei 3,995 Millionen, was gegenüber März 2023 einen Anstieg um 56.000 Personen bedeutet. Damit waren 7,3 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung in Deutschland hilfebedürftig.